Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 30.09.2015
Die sehr gut besuchte Sitzung des Gemeinderats behandelte drei wichtige und umfangreiche Themen. Über zwei Punkte berichten wir in dieser Ausgabe (**Deponie Froschgraben** und der unerwarteten Bekanntgabe zur **Flüchtlingsunterbringung**). Aus Platzgründen gibt es das dritte Thema (**Ergebnisse Verkehrsplaner KiTa Oberer Schulberg**) in der nächsten Ausgabe. Ausführliche Berichte zu allen Sitzungsthemen finden Sie wie üblich auf der ABG Internetseite unter: *www.abg-schwieberdingen.de*

Das großes Missverstehen beim Thema Deponie
Es ging um die erst kürzlich bekanntgewordenen Lieferungen von freigemessenen Abfällen aus dem früheren Kernforschungszentrum in Karlsruhe. **Dr. Remlinger, der Geschäftsführer der AVL**, war extra eingeladen, um hierüber Rede und Antwort zu stehen. Wegen eines Paralleltermins traf er aber erst gegen 20:30 Uhr ein. Erneut mit dabei war **Herr Tschackert, der technische Leiter der Deponie.** Beide verpassten die angeregt abgelaufene Bürgerfragestunde, die trotz eines Vorschlags der ABG-Fraktion nicht nach hinten gelegt werden konnte. Die Verwaltung und der Gemeinderat sprachen dann von **Ängsten, Verunsicherungen und Vertrauensverlusten**, was von den Zuhörerreihen mit Applaus bedacht wurde. Die AVL-Vertreter beharrten ihrerseits auf eine **rechtliche Korrektheit** und eine **strahlungstechnische Unbedenklichkeit**. Man habe **nach Recht und Gesetz gehandelt** und durch die Annahme des Abfalls aus Karlsruhe **niemanden gesundheitlich gefährdet**.
Aber genau darum geht es. Es braucht einen **Nachweis**, dass von dem abgelagerten Material **keine Gefahr ausgeht**. Das über Jahre andauernde Verschweigen der Sache hat das Vertrauen in Aussagen der AVL erneut erschüttert und das normalerweise notwendige partnerschaftliche Verhältnis zu Schwieberdingen sehr strapaziert. Neben einer **technischen Aufarbeitung** ist ebenso eine **politische Abklärung zwingend geboten**. Für die Schwieberdinger Bürger sind die formalrechtlich als nicht radioaktiv geltenden freigemessenen Abfälle aus kerntechnischen Anlagen **keine Bagatelle**.

Dem Schild nach klingt es unbedenklich

Zustimmung zum Antrag der ABG-Fraktion
Der Gemeinderat hat dem Antrag der ABG-Fraktion zur Durchführung einer **Bürgerinformationsveranstaltung einstimmig zugestimmt.** Diese wird nun zeitnah von der Gemeinde und nicht von der AVL veranstaltet werden. **Die Verwaltung verpflichtet** zudem einen **neutralen Gutachter**, um unabhängig von der AVL den Sachverhalt verbindlich prüfen zu lassen. Die Informationsveranstaltung soll vorwiegend der Bürgerschaft dienen, um möglichst viele Fragen und Bedenken, zusammen mit Experten, abzuklären.

Weitere Aussagen und Informationen aus der Sitzung
Dr. Remlinger und Herr Tschackert beteuerten, dass die **Deponie "Am Froschgraben" nicht nochmals erhöht oder erweitert wird**. Ab 2024 endet der Deponiebetrieb. Ein **Nachfolgestandort wird** derzeit ohne Beteiligung der Öffentlichkeit **gesucht**. Die Abfälle aus dem **Rückbau des Kernkraftwerks Neckarwestheim** können **nicht ortsnah verbleiben**, da sich die dortigen Böden (Muschelkalk so Tschackert) für eine Deponie nicht eignen. Eine Entsorgung müsse deshalb auf den vorhandenen Deponien des Landkreises erfolgen.

Eine **rechtliche Verpflichtung, landkreisfremde freigemessene Abfälle anzunehmen, bestehe nicht**.
Herr Remlinger gab noch an, dass er beim Horrheimer Gemeinderat vorstellig gewesen sei. Dort habe man den Themenkomplex deutlich wohlwollender aufgenommen. Wenn es dort weniger Bedenken bei freigemessenen Abfällen gibt, könnte man diese dann nicht komplett in Horrheim ablagern und Schwieberdingen außen vor lassen?

Neue Dimension bei der Flüchtlingsunterbringung
Man hätte bei der Gemeinderatssitzung einen Tagesordnungspunkt zu dem geplanten Neubau einer Flüchtlingsanschlussunterbringung am **Lüssenweg** erwarten können. Schließlich soll das Gebäude für ca. **70 Personen** bis zum Jahresende stehen. Doch jetzt öffnet sich eine weitaus größere Dimension. Bürgermeister Lauxmann hat bekanntgegeben, dass aktuell Diskussionen zwischen einem privaten Gebäudeeigentümer und dem Land Baden-Württemberg laufen, um eine Einrichtung für **bis zu 1.500 Flüchtlinge** zu schaffen. Nach der Interpretation der LKZ wird es sich hierbei um eine **vom Land betreute Erstaufnahmestelle** für Flüchtlinge handeln. In diesem Fall stünde Schwieberdingen als Gemeinde nicht in Verantwortung, wäre aber wegen der bereitzustellenden Infrastruktur mit im Boot.
Aus diesem Grund **unterstützt die ABG-Fraktion die Auffassung** der Gemeindeverwaltung, dass **die angedachte Größenordnung die Möglichkeiten der Gemeinde Schwieberdingen übersteigt.** Der Bericht der LKZ stellte die oben genannte Anzahl an Flüchtlingen in Frage. Das Integrationsministerium plane nur mit 500 Menschen. Auch bei dieser Anzahl wären noch viele organisatorische und technische Punkte zu klären, bevor man **so viele Menschen in nur einem Gebäude unterbringen** könnte. Bis zum Abschluss der redaktionellen Erstellung dieses Berichts war es noch nicht bekannt, ob es überhaupt zu dem Ganzen kommt. Falls sich das Land jedoch mit dem privaten Besitzer einigen würde, müsste sich der Kreis und die Gemeinde **der Entscheidung fügen**.
Nach den aktuellen Regelungen ist das Land für die Erstaufnahme zuständig. Danach werden die Flüchtlinge in Unterkünfte des Landkreises (wie der am Scheerwiesenweg) verteilt. Nach Abschluss eines Asylverfahrens gibt es einen weiteren Wechsel in eine durch die Gemeinde verantwortete Anschlussunterbringung (wie sie gerade am Lüssenweg geplant wird). So die drei Verantwortlichkeiten und Ebenen bei der Unterbringung von Flüchtlingen.
Die Flüchtlinge sind da und brauchen Hilfe, das steht außer Frage. Schwieberdingen zeigt sich bisher sehr hilfsbereit und wird mit der neuen Größenordnung erst lernen müssen umzugehen. Es ist zu begrüßen, dass eine **öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung** zu diesem Thema stattfinden soll. Die Einladung des Ministeriums für Integration, seitens der Gemeindeverwaltung, wird von der ABG-Fraktion voll mitgetragen und unterstützt. Alle sind dazu aufgerufen, lokal mitzuarbeiten und zu unterstützen. Es widerspricht sich dabei jedoch nicht, den politischen Verantwortlichen im Land, Bund und in Europa auch klar die Grenzen des Machbaren aufzuzeigen.

Werden auch Sie aktiv! Die Kontaktmöglichkeiten der ABG:
Postweg: **ABG e.V., Schulberg 11, 71701 Schwieberdingen**
Kontaktdaten zu **Vorstand und Fraktion** gibt's im Internet
Internet: **www.abg-schwieberdingen.de**
E-Mail: **aktiv@abg-schwieberdingen.de**
Diskussionsforum: **www.abg-schwieberdingen-forum.de**
WhatsApp Gruppe: **Schwieberdingen ABG**
Die ABG ist natürlich auch in **Facebook**.
Für die ABG: Volker Kairies (Schriftführer ABG e.V.)